

Was es für gute Forschung braucht

Der US-Wissenschaftssoziologe Rogers Hollingsworth kennt die Zutaten für exzellente Forschungsplätze – doch ein Rezept für eine „Instant-Elite-Uni“ kann es seiner Meinung nach dennoch nicht geben. Anlässlich seines Wien-Besuchs sprach Gottfried Derka mit ihm.

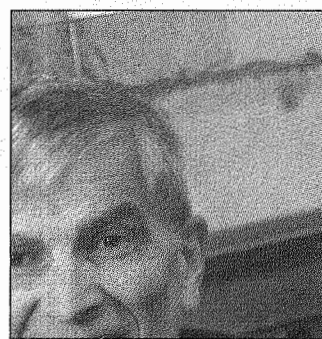
STANDARD: Österreich bemüht sich gerade, eine „Elite-Uni“ zu schaffen. Kann das gelingen?
Hollingsworth: Es ist unmöglich, ein Zentrum wie das M.I.T. oder Harvard aus dem Nichts zu erschaffen. Diese Einrichtungen haben eine lange Geschichte. Eine gute Universität oder Forschungseinrichtung lässt sich nicht am Reißbrett planen wie ein Flugzeug oder ein Fallschirm. Eine Forschungseinrichtung ist kein Produkt, sie entsteht.

STANDARD: Sie haben hunderte solcher Institutionen analysiert. Was haben die guten gemeinsam?
Hollingsworth: Zunächst: Weltweit gibt es keine wirklich gute Forschungseinrichtung, in der die Regierung großen Einfluss hat. Das ist entscheidend – sehen Sie sich Oxford, Cambridge, Harvard oder Stanford an: Sie alle haben ein großes Ausmaß an Autonomie und vollständige Unabhängigkeit. Ein weiterer Faktor ist die Auswahl der Menschen, die forschen und lehren. Erfolgreiche Universitäten in Amerika rekrutieren Menschen aus der ganzen Welt, das einzige Kriterium ist die Leistung dieser Person. Für die Auswahl jedes einzelnen Harvard-Professors wird ein eigenes Gremium von führenden Forschern aus der ganzen Welt gebildet, um allein die Frage zu beantworten: Ist dieser Kandidat wirklich der Beste? Ob der so etwas wie eine Habilitation geschrieben hat, ist völlig unwichtig. Das bringt den Unis enorme Flexibilität. Drittens braucht es eine Vielfalt der Personen, die in einem Fachbereich forschen. Sie sollten unterschiedlichen Hintergrund haben und den-

noch häufig und intensiven Kontakt miteinander haben.

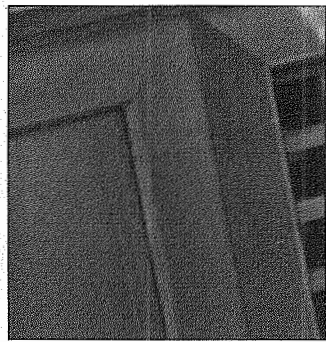
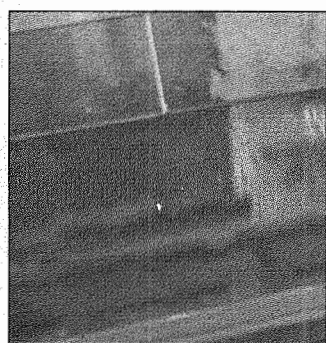
STANDARD: Welche Trends haben Sie entdeckt?
Hollingsworth: Wissenschaft wird immer teurer, die Regierungen geben immer mehr Geld dafür aus. Deshalb fühlen sie sich verpflichtet, sich

„
Jeder will einen Teil des Kuchens, darauf muss Rücksicht genommen werden. Diese Politisierung beeinträchtigt die Qualität der Wissenschaft.“



in das Management der Forschung einzumischen. Das ist ein Problem für Forschungseinrichtungen auf der ganzen Welt – die Wissenschaft verliert ihre Autonomie.

STANDARD: Mit welchen Folgen?
Hollingsworth: Regierungen wünschen sich kurzfristig Nutzen von der Forschung, da wirkt Grundlagenforschung wenig attraktiv. Doch wenn



wir aufhören, Grundlagenforschung zu finanzieren, wird uns einmal das Basiswissen für Innovationen ausgehen.

STANDARD: Ihr Vorschlag?
Hollingsworth: Kleine Länder wie Österreich sollten nicht versuchen, im gesamten Bereich der Grundlagenforschung präsent zu sein. Sie könnten in der Grundlagenforschung spezielle Nischen besetzen und versuchen, dort eine hohe internationale Reputation zu erreichen.

STANDARD: Kann die EU helfen, die Aufgabe der Grundlagenforschung gerecht aufzuteilen?
Hollingsworth: Ich bin sehr skeptisch, was den Erfolg der EU als Instrument der Wissenschaftsfinanzierung betrifft. Es sind so viele Staaten involviert, jeder will einen Teil des Kuchens haben, darauf muss bei der Verteilung von Forschungsgeldern Rücksicht genommen werden. Diese Politisierung beeinträchtigt die Qualität der Wissenschaft.

STANDARD: Kann die EU helfen, die Aufgabe der Grundlagenforschung gerecht aufzuteilen?
Hollingsworth: Ich bin sehr skeptisch, was den Erfolg der EU als Instrument der Wissenschaftsfinanzierung betrifft. Es sind so viele Staaten involviert, jeder will einen Teil des Kuchens haben, darauf muss bei der Verteilung von Forschungsgeldern Rücksicht genommen werden. Diese Politisierung beeinträchtigt die Qualität der Wissenschaft.

STANDARD: Eine Variante zum diskutierten European Institute of Technology lautet, dass es

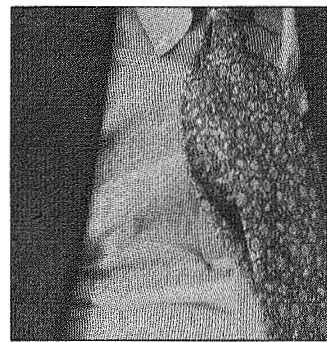
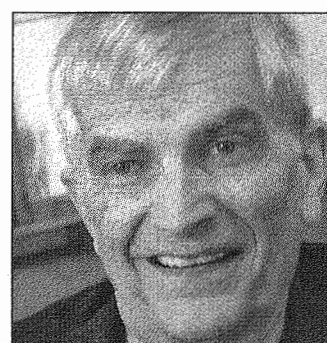
als Netzwerk von nationalen Zentren betrieben werden soll. Kann das funktionieren?
Hollingsworth: Ein solches Institut könnte eine gute Ausbildung für Studenten leisten. Aber für wirkliche Durchbrüche in der Forschung braucht es Menschen, die an einem Ort zusammenarbeiten. Ich habe 291 wissenschaftliche Durchbrüche analysiert. Wenn diese



„
Es gibt historische Beispiele für Forschungseinrichtungen, in denen die Regierung sehr stark involviert war, etwa in der ehemaligen Sowjetunion.“

als Netzwerk von nationalen Zentren betrieben werden soll. Kann das funktionieren?
Hollingsworth: Ein solches Institut könnte eine gute Ausbildung für Studenten leisten. Aber für wirkliche Durchbrüche in der Forschung braucht es Menschen, die an einem Ort zusammenarbeiten. Ich habe 291 wissenschaftliche Durchbrüche analysiert. Wenn diese

als Netzwerk von nationalen Zentren betrieben werden soll. Kann das funktionieren?
Hollingsworth: Ein solches Institut könnte eine gute Ausbildung für Studenten leisten. Aber für wirkliche Durchbrüche in der Forschung braucht es Menschen, die an einem Ort zusammenarbeiten. Ich habe 291 wissenschaftliche Durchbrüche analysiert. Wenn diese



Rogers Hollingsworth empfiehlt dem Forschungsland Österreich, nicht in allen Bereichen der Grundlagenforschung präsent sein zu wollen. F.: Andy Urban

Durchbrüche von einem Team geschaffen wurden, dann war dieses Team ohne Ausnahme an einem Ort, wo die Forscher häufigen und intensiven Kontakt miteinander hatten.

STANDARD: An der österreichischen „Elite-Uni“ soll die Hälfte des Kuratoriums von der Bundesregierung und der Niederösterreichischen Landesregierung bestellt werden.
Hollingsworth: Ich habe das gehört. Es gibt historische Beispiele für Forschungseinrichtungen, in denen die Regierung sehr stark involviert war, etwa in der ehemaligen Sowjetunion. Aber keine dieser Einrichtungen hat wirklich Weltklasseniveau erreicht. Rogers Hollingsworth war auf Einladung des Forschungsrates und des Club Research in Wien und hielt zum Thema „Organisational Design and Radical Innovations in Research“ einen Vortrag.

ZUR PERSON

Rogers Hollingsworth ist Wissenschaftssoziologe und bereits seit 1964 an der Universität Wisconsin tätig. Er versucht die Voraussetzungen zu analysieren, die hervorragende Forschungen möglich machen. Er berät die EU in Fragen der Forschungsförderung und war bis vor einem Jahr auch beratend in die Planungen zur Österreichischen „Elite-Universität“ involviert. Hollingsworth ist mit der Sozialwissenschaftlerin Ellen Jane Hollingsworth verheiratet, sie haben eine Tochter. (derk)

DER STANDARD **Webtipp:** <http://history.wisc.edu/hollingsworth>

ÖIAG-Dividende sollte für 2007 die Forschungsanleihe sichern

Forschungsanleihe rein rechnerisch für nächstes Jahr gesichert

Luise Ungerboeck

Geht es nach der Laune der Akteure, muss es der Forschungsförderung in Österreich wunderbar gehen. Kein Gejammer, dass es hinten und vorn an Geld fehlt und deutlich mehr Anträge abgelehnt werden müssen, als Förderungen bewilligt werden können.

Im Gegenteil. Die seit 2004 um 17,3 Prozent auf 407 gestiegene Zahl an abgelehnten Vorhaben ist für FFG-Geschäftsführer Klaus Pseiner keineswegs Besorgnis erregend, sondern „ganz normal“. Auch realistische Budgets

kann die aus gewerblichem Forschungsfonds FFF, Technologie Impulse Gesellschaft (TIG), Büro für internationale Technologiekoperationen (BIT) und Weltraumagentur gezimmerte Forschungsfördergesellschaft (FFG) mittlerweile erstellen, wiewohl FFG-Geschäftsführerin Henrietta Egerth darauf hinweist, dass jenes für 2007 noch einige bedeutende Unbekannte enthält.

Fest steht bis dato nur, dass der Forschungsrat eine jährliche Budgetsteigerung um neun Prozent empfiehlt. Um diese Steigerung des Förderbudgets auf 458 Millionen Euro zu schaffen, bräuchte es im kommenden Jahr 110 Millionen Euro aus dem Offensivprogramm.

Rein rechnerisch dürfte dieser Betrag kein Problem sein: Die Verstaatlichtenholding ÖIAG schüttet für 2005 trotz Schuldenentilgung in Höhe von 250 Millionen Euro eine höhere Dividende aus als erwartet: 225 Millionen Euro. Zusammen mit den 125 Millionen Euro aus der Nationalstiftung für Forschung und Entwicklung (davon kommen 75 Millionen von der Oesterreichischen Nationalbank) und den maximal 90 Millionen Euro, die Finanzminister Karl-

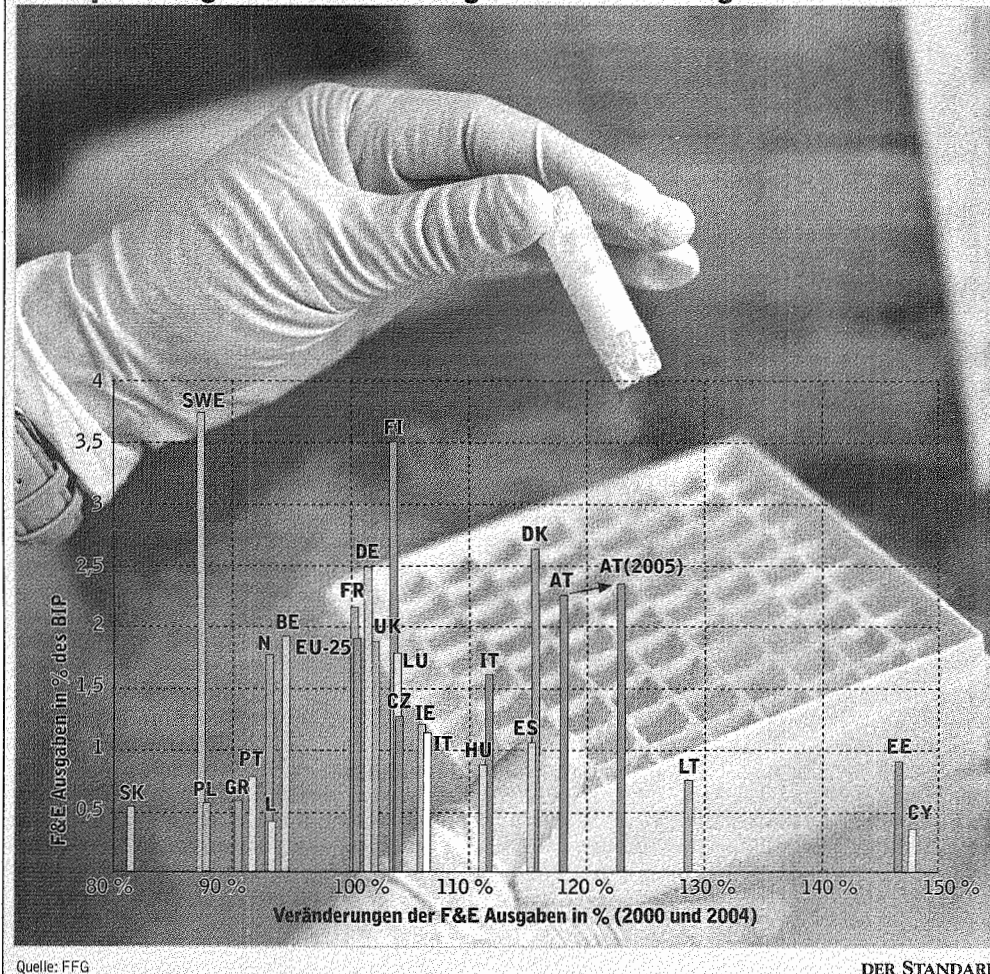
Heinz Grasser der ÖIAG nach gelungenem Post-Börsengang (spätestens) im Juni als Vorabdividende abknöpfen kann, sollte das F&E-Geld 2007 nicht zu knapp sein, zumal Peter Kowalski, Forschungssektionschef im Bildungsministerium, den Bedarf an Offensivmitteln im Jahr 2007 jüngst im STANDARD-Interview mit gut 330 Millionen beziffert hat.

225 Euro von der ÖIAG

Die Ungewissheit über die Budgetdotierung der drei für die Forschungsfördergesellschaft zuständigen Ministerien (Infrastruktur, Bildung, Wirtschaft) besteht zwar weiterhin – befürchtet wird in der Beamtenschaft, dass diese vor der Wahl im Herbst nicht fixiert, sondern bis zur Regierungsbildung lediglich fortgeschrieben werden, was wegen der fünfprozentigen Bindung realiter einer (temporären) Kürzung entspricht –, sollte somit aber eine überschaubare sein. Vorausgesetzt, das Finanzministerium hält sich an die gesetzliche Vorgabe, mit den ÖIAG-Erträgen die eine Milliarde Euro schwere Forschungsanleihe zu dotieren.

„Wir gehen davon aus, dass wir die 110 Millionen bekommen“, rechnet Egerth bei Vorlage des FFG-Jahresberichts

Europas Ausgaben in Forschung und Entwicklung



DER STANDARD
**FORSCHUNG
 SPEZIAL**
 Redaktion: Bettina Stimedter (Ltg.),
 Peter Illetschko (Koordination),
 Andreas Feiertag
 Diese Beilage entsteht mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, des Wissenschaftsfonds (WWF), der industriellen Kompetenzzentren und EC Austria. Die redaktionelle Verantwortung liegt beim STANDARD.
 Internet: <http://ecaustria.at>

2005 vor, netto gehe es ja nur um 38 Mio. Euro. Woher die kämen, sei letztlich egal, wichtig sei nur, dass die FFG von den vielen „À-la-carte-Verträgen“ wegkomme, aus denen das FFG-Budget derzeit zusammengestoppelt werden müsse. „Die Nachhaltigkeit der Förderbudgets ist enorm wichtig.“
 2005 wurden mit 371 Mio. Euro 1661 wirtschaftsnahe Forschungsprojekte gefördert. Davon gingen 265 Mio. in die Basisprogramme (ehemals FFF), 49 in Strukturprogramme (Kompetenzzentren) und 41 in Thematische Programme (Nano, FIT-IT etc.). Die Förderquote betrug 18 Prozent. Für 2006 stehen 420 Mio. Euro zur Verfügung, also um 13 Prozent mehr.